2022/46 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2022/46/ausser-kontrolle

Jihadisten, Söldner und Massaker in Mali

Außer Kontrolle

Von **Bernhard Schmid**

In Mali kommen bei den Kämpfen von Armee, Milizen und Söldnern der russischen Gruppe Wagner mit Jihadisten viele Zivilisten ums Leben. Der Einfluss der Islamisten wächst.

Das Vereinigte Königreich ist not amused. Am Montag kündigte es an, seine an der UN-Mission Minusma beteiligten 300 Soldaten früher als geplant aus Mali abzuziehen, und begründete dies mit der dauerhaften Instabilität im Land und dem »unproduktiven« Einsatz der russischen Söldnertruppe Wagner, die die malische Militärregierung angeheuert hat.

Die westlichen Quellen zufolge seit Jahresbeginn ausgeweitete, von der malischen Militärregierung allerdings dementierte Intervention der russischen Söldner in dem Sahel-Staat – die Junta gibt nur die Anwesenheit von russischen »Militärausbildern« zu – passt zumindest der stärksten in Mali operierenden jihadistischen Gruppierung derzeit ins Konzept. Die Propaganda der dem internationalen Netzwerk al-Qaida angegliederten Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime (GSIM) unter Iyad Ag Ghali richtet sich neuerdings verstärkt gegen die Söldner des berüchtigten Militärunternehmens Jewgenij Prigoschins.

Ein am Donnerstag voriger Woche unter anderem im Magazin Jeune Afrique publizierter, nicht namentlich gekennzeichneter Beitrag stellt fest, diese jihadistische Bewegung gewinne dadurch an Unterstützung. Vor allem bei Angehörigen der Bevölkerungsgruppe der Peul verfängt die Propaganda der GSIM demnach. Die Wagner-Truppe kommt bislang vor allem im Raum Mopti im Zentrum Malis zum Einsatz. Dort eskalieren die Konflikte zwischen früher Viehzucht betreibenden Peul und Ackerbau betreibenden Bevölkerungsgruppen wie den Bozo oder Dogon, aus denen sich antijihadistische Selbstverteidigungsgruppen rekrutieren. Die Jihadisten versuchen, sich als Schutzmacht der Peul aufzuspielen – teils erfolgreich, so der im Artikel zitierte Forscher Héni Nsaibia von der US-amerikanischen NGO Armed Conflict Location & Event Data Project. Auch Boubacar Haïdara vom Bonn International Centre for Conflict Studies (BICCS) erklärt, die Jihadisten schwängen sich zum Beschützer ortsansässiger Bevölkerungsgruppen auf, was ihnen

»durch die Ankunft russischer Kämpfer erleichtert« werde.

Der Minusma zufolge starben im ersten Halbjahr 2022 insgesamt 860 Zivilisten in Mali bei Kampfhandlungen, die Hälfte von der Hand der Jihadisten, 40 Prozent aber durch Übergriffe der malischen Armee. Seit diese von russischen Söldnern begleitet wird, häufen sich solche Vorwürfe. So werden den Streitkräften Tötungen von Zivilisten im September in den Ortschaften Gassel und Gouni vorgeworfen, wobei einmal 14, einmal 50 Personen ums Leben kamen. In ihrer Bilanz für das dritte Quartal 2022 spricht die Minusma von 375 untersuchten Menschenrechtsverletzungen; den jihadistischen Gruppen wirft sie 163 vor, der malischen Armee, mit russischen Söldnern oder ohne diese, 162, 33 den eher auf der Regierungsseite kämpfenden Selbstverteidigungsgruppen und 17 den im Norden Malis präsenten Tuareg-Verbänden.

Zugleich liefert sich die GSIM erbitterte Kämpfe mit dem »Islamischen Staat in der Großen Sahara« (ISGS), dem in der Sahelzone aktiven Ableger der im Irak und in Syrien entstandenen Terrororganisation IS. Im März ging der ISGS im Nordosten Malis in die Offensive und eroberte einige Gebiete um die Städte Gao und Ménaka. Er geht besonders brutal vor. Jeune Afrique zufolge kamen bis Ende Oktober 900 Menschen durch den ISGS zu Tode. Oft handelte es sich um Dorfbewohner in bisher nicht unter Kontrolle der Organisation stehenden und von ihr attackierten Gebieten, die kollektiv massakriert wurden; nur wer floh, überlebte. Der GSIM gelang es seit September, mehrere vom ISGS eingenommene Ortschaften zu erobern, darunter Tamalat, Inchinanane und Andéramboukane. An der Seite der GSIM kämpft mindestens eine aus Tuareg gebildete Gruppe, die Bewegung für die Rettung von Azawad (MSA). Nicht unmittelbar an der Seite der al-Qaida-Anhänger, aber ebenfalls gegen das Vorrücken des ISGS im Nordosten Malis kämpfen andere Tuareg-Verbände.

Al-Hadj Ag Gamou, ein malischer General, der zudem eine Selbstverteidigungseinheit von Tuareg namens Gatia leitet, forderte am Montag voriger Woche in einer über Whatsapp - verbreiteten Audionachricht alle Tuareg auf, sich in den Nordosten des Landes zu begeben, um Städte wie Ménaka und Gao gegen die Terrortruppen des ISGS zu verteidigen. Dabei appellierte er ausdrücklich auch an Tuareg aus den Nachbarstaaten: Es blieben »allen jungen Tuareg in Algerien, Libyen und anderswo zehn Tage Zeit«, um in den Raum Gao zu eilen.

Nach einem Putsch im August 2020 und einem weiteren im Mai 2021 herrscht in Mali eine Militärjunta. Ende 2021 heuerte sie russische Söldner an und drängte seitdem die französische Armee aus dem Land. Sie rechtfertigt sich selbst und ihren Rückgriff auf russische Hilfe damit, dass die Russen den örtlichen Kräften zum effizienten Durchgreifen verhelfen würden, was Frankreich ihnen immer verweigert habe. Doch wurde bislang keinerlei Geländegewinn der malischen Armee in den von Jihadisten kontrollierten Zonen verzeichnet. Ende Oktober verlautbarte Victoria Nuland, die Staatssekretärin im Außenministerium der USA, die Regierung Malis habe mit Wagner »eine schlechte Wahl getroffen«, und begründete dies mit der beträchtlichen Erhöhung der Zahl jihadistischer Kampfhandlungen.

Im Raum Gao riefen am Dienstag und Mittwoch voriger Woche die Gewerkschaften zum Streik auf – »gegen die Untätigkeit der Regierung« und die wachsende Unsicherheit ebenso wie dagegen, dass malische Soldaten Einwohner belästigten oder ihnen Geld abpressten. Viele Geschäfte blieben daraufhin in Gao geschlossen, ebenso der Busbahnhof und die Verwaltung.

Einen Eklat verursachte der der GSIM nahestehende einflussreiche Religionslehrer Houka Houka al-Housseini, der 2012/2013 Richter im damals bestehenden jihadistischen Kalifat im Raum der malischen Oasenstadt Timbuktu gewesen war. Vorige Woche wurde bekannt, dass der Gouverneur von Timbuktu ihn ob seines Einsatzes für nationale Aussöhnung ausgezeichnet hatte. In einem Brief vom 26. Oktober stellte al-Housseini drei Bedingungen, damit die in den Konfliktregionen oft geschlossenen staatlichen Schulen wieder eröffnet werden könnten: Einführung des Arabischen und des Koranunterrichts, Trennung von Jungen und Mädchen, Tragen züchtiger Kleidung. Derzeit sind in Mali mehr als 1 750 Schulen wegen Kämpfen und der jihadistischen Bedrohung geschlossen.

© Jungle World Verlags GmbH